

SPD BERLIN MÜLLERSTRASSE 163 13353 BERLIN

E-Mail berlin@spd.de
Telefon 030 4692-222

An
medianet berlinbrandenburg e.V.
Berlin Music Commission eG
Frau Jeannine Koch / Herrn Olaf Kretschmar

Per E-Mail: info@medianet-bb.de / info@berlin-
music-commission.de

Berlin, 19. August 2026

IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2026

Sehr geehrte Frau Koch, sehr geehrter Herr Kretschmar,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm. Wir freuen uns sehr, wenn sich Berliner*innen informiert und aktiv in den politischen Prozess einbringen und lassen Ihnen anbei die Antworten der SPD Berlin zukommen. Unser gesamtes Wahlprogramm in voller Länge finden Sie unter <https://spd.berlin/wahlprogramm/>.

1

Frage 1: Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft als Wirtschafts- und Innovationsfaktor für Berlin bei? Welche konkrete Vision haben Sie für die Entwicklung dieser Branchen bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode und darüber hinaus?

Die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft ist ein zentraler Wachstumsmotor Berlins. Berlin ist Medienhauptstadt, mit den meisten Outlets und Verlagen, Musikhauptstadt mit allen wichtigen international arbeitenden Labels und Designmetropole mit zertifizierter UNESCO-Auszeichnung. Die Berliner Kreativwirtschaft ist die größte produzierende Industrie der Stadt. Wir sind Film-, Games- und Esport-Standort Nr. 1 in Deutschland mit weltweiter Ausstrahlung und Europas größter Kunstproduktionsstandort. Diese Stärke bauen wir aus. Bis zum Ende der Legislaturperiode soll Berlin über eine leistungsfähige Infrastruktur verfügen, in der Start-ups, technologiebasierte Unternehmen, Künstliche Intelligenz und Open Data eine ebenso bedeutende Rolle spielen wie Handwerk, Industrie, Produktion und Forschung. Kreativ- und Digitalwirtschaft denken wir als zusammenhängendes Ökosystem und fördern Vernetzung entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Frage 2: Welche drei konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben für Ihre Partei Priorität, um die Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft zu stärken und ihre nationale wie internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern?

Vorweg setzt die SPD Berlin sich für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein, was gerade in den drei Branchen von höchster Relevanz ist. Erstens: Wir schreiben die Berliner Startup Agenda fort und setzen dabei einen stärkeren Fokus auf die Vorgründungsphase sowie auf Wachstum und Skalierung. Die Fachkräftefrage in der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft gewichten wir dabei mit einem neuen Förderinstrument stärker. Zweitens: Wir stärken weiter den digitalen Wirtschaftsservice und bieten alle Leistungen der Berliner Verwaltung für die Berliner Wirtschaft umfänglich end-to-end digital an. Wir führen verbindliche Fristen und die Möglichkeit, auf Englisch kommunizieren und beantragen zu können, ein. Drittens: Für die Clubwirtschaft initiieren wir erstmals eine Spielstättenförderung. Gemeinschaftlich nutzbare Infrastrukturen wie Atelier- und Proberäume soll nach Hamburger Vorbild eine eigene Berliner Kreativgesellschaft betreuen.

Frage 3: Wie will Ihre Partei die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg in der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft strategisch weiterentwickeln? In welchen Bereichen sehen Sie das größte Potenzial für eine gemeinsame Standortpolitik?

Die Metropolregion Berlin-Brandenburg ist ein gemeinsamer Wirtschafts- und Innovationsraum. Wir investieren in die Infrastruktur der Metropolregion und setzen uns beim Bund für eine Ausweitung der GRW-Förderung zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur ein. Das größte Potenzial sehen wir in der Vernetzung von Innovations- und Digitalwirtschaft mit Forschung und Industrie entlang gemeinsamer Wertschöpfungsketten. Dabei wird es darauf ankommen, weitere Innovationskorridore neben dem in die Lausitz auszubauen. Wir entwickeln Berlins Internationalisierungskonzept zu einer umfassenden Strategie weiter, die auch die Zusammenarbeit mit Brandenburg einschließt. Mit einer gemeinsamen Expo im Jahr 2035 erhalten gerade diese Wirtschaftszweige einen kräftigen ökonomischen Schub.

Frage 4: Unterstützt Ihre Partei internationale Großprojekte wie eine EXPO, Olympische und Paralympische Spiele oder eine Internationale Bauausstellung als mögliche Impulsgeber für den Wirtschafts- und Kreativstandort Berlin? Wenn ja, wie soll sichergestellt werden, dass die Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft konkret von solchen Vorhaben profitiert?

Ja, aus voller Überzeugung. Berlin kann und braucht die internationale Bühne. Der Berliner Senat soll die EXPO-Initiative unterstützen und ein gemeinsames Konzept der Metropolregion für eine Bewerbung der Bundesregierung übergeben. Solche Großprojekte sind herausragende Impulsgeber für alle Wirtschaftszweige, für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft insbesondere. Wir

wollen sicherstellen, dass Berliner Unternehmen aus der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft bei Vergaben, Produktion und Kommunikation gezielt eingebunden werden. Internationalität bleibt Kern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

Frage 5: Welche Rolle spielen für Ihre Partei Branchennetzwerke wie medianet berlinbrandenburg und Berlin Music Commission sowie Ökosysteme und Hubs, um den Hauptstadtstandort gemeinsam mit der Politik und Wirtschaft zu entwickeln?

Branchennetzwerke und Hubs sind unverzichtbare Partner für eine erfolgreiche Standortpolitik. Sie bündeln Expertise, schaffen Vernetzung und übersetzen Bedarfe der Wirtschaft in politisches Handeln. Wir wollen den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft strukturell stärken. Netzwerke wie medianet und die Berlin Music Commission leisten dabei einen konkreten Beitrag, den wir anerkennen und unterstützen. Die bestehenden Kooperationen mit dem Land Berlin müssen dabei langfristig stabilisiert werden.

Frage 6: Welche Strategie verfolgt Ihre Partei für den Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Medien- und Kreativwirtschaft? Wie wollen Sie Innovation ermöglichen und zugleich faire Rahmenbedingungen hinsichtlich Urheberrecht, Transparenz, Vergütung und der Beteiligung von Kreativschaffenden sicherstellen?

KI verändert Geschäftsmodelle und Berufsbilder grundlegend. Wir wollen, dass Berliner Unternehmen und Kreativschaffende diese Transformation aktiv gestalten, Wissenstransfer und Teilhabe gerade für kleinere Unternehmen ermöglichen und neue Geschäftsmodelle fördern. Urheberrecht, Transparenz und faire Vergütung sind dabei nicht verhandelbar. Wir setzen uns für klare Regeln ein, Kreativschaffende an der KI-gestützten Wertschöpfung zu beteiligen. Fördermaßnahmen für technologische Entwicklungen, insbesondere KI, sollen Unternehmen bei ihren Transformationsprozessen unterstützen. Dabei gilt: menschliche Kontrolle und Datenschutz bleiben verbindliche Leitplanken.

Frage 7: Wie will Ihre Partei Berlin als führenden Standort für KI-Forschung und KI-Anwendung stärken? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um den Transfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Start-ups und etablierten Unternehmen zu beschleunigen?

Berlin soll einer der führenden KI-Standorte Europas werden. Mit dem KI-Hub „#ai_berlin hub“ haben wir bereits eine Plattform geschaffen, die als Lotse, Schaufenster und Vernetzungsort für das Berliner KI-Ökosystem wirkt. Den Transfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Start-ups und etablierten Unternehmen beschleunigen wir durch gezielte Förderprogramme und

verbesserte regulatorische Rahmenbedingungen. Die Transferbelange wollen wir stärker in den Berliner Hochschulverträgen verankern und das pilotierte KMU-Büro an der HTW berlinweit ausrollen.

Frage 8: Welche Möglichkeiten sehen Sie auf Landesebene, um digitale und technologische Souveränität zu stärken und europäische Alternativen sowie offene Infrastrukturen zu fördern?

Technologische Abhängigkeit von wenigen internationalen Plattformen ist eine strategische Herausforderung. Wir setzen uns für eine souveräne europäische Lösung bei digitalen Infrastrukturen ein. Den Einsatz von Software datenschutzrechtlich bedenklicher Hersteller lehnen wir für Berlin entschieden ab. Offene Infrastrukturen und europäische Alternativen fördern wir aktiv. Das Prinzip „Open by default“ gilt für alle nichtsensiblen Verwaltungsdaten. Ein umfassendes Transparenzgesetz und ein zentrales Transparenzportal schaffen wir als Grundlage für eine souveräne digitale Verwaltung.

Frage 9: Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um dem Fachkräftebedarf in der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft entgegenzuwirken? Welche Rolle spielen dabei internationale Talentgewinnung, schnellere Visa- und Anerkennungsverfahren sowie eine bessere Integration internationaler Fachkräfte?

Fachkräftesicherung ist eine der zentralen wirtschaftspolitischen Aufgaben. Mit der Fachkräftestrategie unterstützt das Land Unternehmen dabei, ungenutzte Potenziale zu aktivieren, etwa bei Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und älteren Beschäftigten. Die Internationalität Berlins nutzen wir gezielt für die Anwerbung von Fachkräften. Wir werden Berliner Partner finanziell in die Lage versetzen, den erfolgreichen Business Immigration Service auszubauen, um die gebotene Schnelligkeit bei Visa- und Anerkennungsverfahren zu beschleunigen. Wohnraummangel erschwert die Talentsuche. Deshalb treiben wir den Bau von Beschäftigtenwohnungen voran und unterstützen Unternehmen beim Aufbau von Azubiwohnungen. Die drei Berlin Business Offices stellen wir so auf, dass sie verstärkt in die Talentsuche einsteigen; weitere Standorte in Asien und Südamerika kommen hinzu.

Frage 10: Wie will Ihre Partei die Vermittlung digitaler Kompetenzen, den Erwerb von KI-Anwendungskompetenzen und lebenslanges Lernen stärken? Wie wollen Sie die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Hochschulen und Unternehmen verbessern?

Digitale Kompetenz und KI-Anwendungswissen sind Schlüsselqualifikationen für die Arbeitswelt von morgen. Wir verankern Medienkompetenz und digitale Verantwortung als festen Bestandteil

schulischer Bildung durch den neuen Rahmenlehrplan Digitales. Lebenslanges Lernen stärken wir durch Weiterbildungsangebote, die schnell auf veränderte Kompetenzanforderungen reagieren. Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Hochschulen und Unternehmen verbessern wir durch gezielte Transferprogramme. Unsere Hochschulen sind zentrale Innovations- und Gründungsmotor für die Berliner Wirtschaft.

Frage 11: Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei gegen steigende Wohnkosten und für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum? Wie wollen Sie verhindern, dass Kreativschaffende, Gründer*innen und dringend benötigte Fachkräfte Berlin aufgrund hoher Lebenshaltungskosten verlassen?

Bezahlbarer Wohnraum ist eine Voraussetzung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Wir bauen in der nächsten Legislatur 100.000 neue Wohnungen, darunter gezielt Wohnraum für Azubis, Studierende und Kreativschaffende. Aus leeren Büros machen wir neuen Wohnraum. Mit dem Mietenkataster sorgen wir für Transparenz, verfolgen Mietwucher konsequent und setzen einen rechtssicheren Mietendeckel gegen die rasante Preisspirale ein. So halten wir Berlin als Lebens- und Arbeitsort für alle, die diese Stadt gestalten. Ein neues Programm für Beschäftigten- und Werkswohnungen gestalten wir gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft.

Frage 12: Welche Rahmenbedingungen will Ihre Partei schaffen, damit Berliner Start-ups den Übergang von der Gründungs- in die Wachstums- und Skalierungsphase erfolgreich bewältigen können?

Wir schreiben die Berliner Startup Agenda fort und setzen dabei einen stärkeren Fokus auf die Wachstums- und Skalierungsphase. Dafür schaffen wir eine neue finanzielle Unterstützung in der Wachstumsphase, u.a. durch die Etablierung eines staatlichen VC-Fonds. Unsere Forschungseinrichtungen und Hochschulen sind zentrale Innovations- und Gründungsmotoren. Wir verbessern regulatorische Rahmenbedingungen und beschleunigen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren. Wir werden durch eine Anpassung der Ausführungsvorschriften des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes eine sog. Startup-Quote einführen, die es Berliner Startups erleichtern, an öffentlichen Aufträgen zu partizipieren.

Frage 13: Wie will Ihre Partei Bürokratie konkret abbauen und die Berliner Verwaltung schneller, digitaler und unternehmensfreundlicher gestalten? Welche Verwaltungsprozesse würden Sie in der kommenden Legislaturperiode prioritär reformieren?

Wir entwickeln den digitalen Wirtschaftsservice der Berliner Verwaltung (DIWI) konsequent weiter. Mit konsequenter Digitalisierung und der Einführung verbindlicher Fristen und Genehmigungsfiktionen für zentrale wirtschaftsrelevante Prozesse entlasten wir die Verwaltung und geben Unternehmen mehr Planbarkeit. Berlin soll Vorreiterin beim Gründen in 24 Stunden werden. Prioritär reformieren wir Genehmigungs- und Zulassungsverfahren, die Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase besonders belasten. Außerdem setzen wir mit digitalen Tools ein modernes Vergaberecht um. Darüber hinaus wird der Gründungs-Chatbot des Landes weiterentwickelt.

Wahlprüfsteine zur Musikwirtschaft

Frage 14: Welche Rolle spielen für Ihre Partei branchenspezifische Förderinstrumente für Film, Games und weitere Teilmärkte der Kreativwirtschaft? Sprechen Sie sich z.B. für eine Aufhebung des Kumulierungsverbots aus?

Die Teilmärkte der Kreativwirtschaft brauchen passgenaue Förderinstrumente. Für die Clubwirtschaft initiieren wir erstmals eine Spielstättenförderung. Die Games-Branche braucht geeignete Rahmenbedingungen für Wachstum und Skalierung. Dabei stärken wir das House of Games und siedeln neue Esports-Events in Berlin an. Die SPD Berlin spricht sich für die Aufhebung des Kumulierungsverbotes aus und will eine Förderung analog zum Film ermöglichen. Die verschiedenen Gamesmessen und -festivals sowie den Computerspielpreis wollen wir stärken. Berlin positionieren wir weiter als filmfreundliche Stadt, unterstützen Kinos und die Berlinale und kompensieren, soweit möglich, fehlende Bundesmittel. Als UNESCO-City of Design wollen wir eine internationale Designkonferenz dauerhaft in Berlin etablieren.

Frage 15: Wie will Ihre Partei den Film- und Produktionsstandort Berlin im nationalen und internationalen Wettbewerb stärken?

Berlin ist ein bedeutender Film- und Produktionsstandort. Das Berliner Konzept zur filmfreundlichen Stadt werden wir auf Aktualität überprüfen und ggf. anpassen. Wir sichern und entwickeln geeignete Produktionsflächen und unterstützen moderne Produktionsinfrastrukturen, einschließlich Virtual Production. Genehmigungsverfahren für Produktionen vereinfachen und beschleunigen wir. KI-gestützte Produktionsprozesse begleiten wir mit klaren Regeln zu Urheberrecht und Vergütung. Die internationale Sichtbarkeit des Filmstandorts Berlin stärken wir durch gezielte Förderung und die Weiterentwicklung des Internationalisierungskonzepts der Metropolregion.

Frage 16: Wie will Ihre Partei die Games- und Esports-Branche strategisch weiterentwickeln? Welche Ziele setzen Sie sich für Berlin als Games-Standort bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode?

Berlin soll als Games-Standort weiter wachsen. Wir fördern E-Sport und unterstützen die Branche durch geeignete Rahmenbedingungen für Wachstum und Skalierung. Das Kumulierungsverbot wollen wir überprüfen, damit Games-Unternehmen Bundes- und Landesförderung parallel nutzen können. Berlin wollen wir als einen der führenden Games-Standorte Europas etablieren – mit einem klaren Bekenntnis zu fairen Arbeitsbedingungen in der Branche. Dabei wollen wir eine Berliner Games- und Esports-Strategie auf den Weg bringen und das House of Games als weltweiten Nukleus ausbauen. Eine Stärkung der Förderstrukturen der Neuen Medien werden wir unmittelbar zu Beginn der Legislaturperiode mit dem Medienboard diskutieren.

Frage 17: Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Diversität, Gleichstellung, faire Bezahlung und faire Karrierechancen in der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft zu fördern?

Faire Bezahlung und gleiche Chancen sind für uns eine stete politische Aufgabe. Wir entwickeln gezielt Programme für Frauen in Wirtschaft und Unternehmer:innentum, um ihre Chancen zu verbessern. Dabei werden wir den Berliner Chancenfonds ausbauen. Wo Diskriminierung stattfindet, erhalten Frauen höhere Fördersätze. Öffentliche Mittel vergeben wir nur an Einrichtungen, die faire Arbeitsbedingungen gewährleisten. Tarifbindung und Mitbestimmung stärken wir als Garant für gute Arbeit. Migrantisches Unternehmertum machen wir sichtbarer und unterstützen es gezielt.

Frage 18: Spricht sich Ihre Partei dafür aus, eine ganzheitliche, ressortübergreifende Kreativwirtschafts- bzw. Innovationsstrategie für die Kultur-, Medien-, Games-, Musik-, Film- und Digitalwirtschaft zu entwickeln?

Ja. Wir wollen diese Wirtschaftszweige als zusammenhängendes Ökosystem begreifen. Eine ressortübergreifende Strategie, die die gesamte Wertschöpfungskette abbildet, ist der richtige Ansatz. Dafür beauftragen wir eine Studie mit den notwendigen Vorarbeiten und richten auch die Förderstrukturen des Landes stärker branchenübergreifend aus. Wir entwickeln Berlins Internationalisierungskonzept zu einer umfassenden Strategie weiter und schaffen mehr Vernetzung zwischen Kreativ- und Digitalwirtschaft, Handwerk, Industrie und Forschung.

Frage 19: Welche dauerhaften Dialog- und Beteiligungsformate zwischen Politik, Verwaltung, Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft wollen Sie etablieren oder weiterentwickeln? Setzen Sie sich z.B. für einen regelmäßigen „Roundtable Kreativwirtschaft“ ein?

Ja, wir unterstützen dauerhafte Dialogformate zwischen Politik, Verwaltung und Kreativwirtschaft. Branchennetzwerke wie medianet und die Berlin Music Commission sind dabei wichtige Partner:innen. Einen regelmäßigen Roundtable Kreativwirtschaft, der Bedarfe bündelt und in politisches Handeln übersetzt, befürworten wir. Wir wollen die Beteiligungsplattform „Mein Berlin“ weiterentwickeln und setzen auf Vor-Ort-Dialoge sowie frühzeitige Informationsveranstaltungen. Jeder Roundtable erhält dabei eine eigene Agenda mit Verantwortlichkeiten und Ergebnispflicht.

Frage 20: Welche politischen Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Berliner Musikwirtschaft bei ihrer Transformation zu unterstützen und Unternehmen, Künstler*innen sowie Freelancer*innen dabei zu stärken, die Chancen von Digitalisierung und KI erfolgreich zu nutzen?

Die Transformation durch KI und Digitalisierung betrifft die gesamte Musikwirtschaft. Wir wollen Unternehmen, Künstler*innen und Freelancer*innen dabei aktiv unterstützen. Fördermaßnahmen für technologische Entwicklungen, insbesondere KI, sollen Transformationsprozesse begleiten. Coaching- und Beratungsangebote bauen wir aus. Faire Rahmenbedingungen zu Urheberrecht, Transparenz und Vergütung sichern wir durch klare Regeln. Wer Kultur und Musik möglich macht, muss davon leben können. Mindesthonorare und tarifliche Löhne sind dabei zentrale Ziele. Wo das Land Berlin öffentliche Aufträge vergibt, greifen diese Standards; übergeordnete Fragen adressieren wir gemeinsam mit dem Bund.

Frage 21: Welche Strategien verfolgt Ihre Partei, um Jugendliche frühzeitig für die Musikwirtschaft zu begeistern, ihnen echte Teilhabe und Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen?

Jugendförderung beginnt früh. Wir führen die Jugendkulturkarte mit einem jährlichen Kulturguthaben von 50 Euro für alle Berliner*innen zwischen 18 und 23 Jahren wieder ein. Musikschulen, Jugendkunstschohlen und Proberäume stärken wir in allen Bezirken. Wir fördern E-Sport und Musikstätten als Orte, an denen Jugendliche kreativ tätig werden können. Mitsprache von Jugendlichen ist dabei Voraussetzung, nicht Nachgedanke. Die bestehenden Formate zu Talentförderung und -suche beim medianet und BMC wollen wir weiter oder wieder fördern.

Frage 22: Ist Ihre Partei bereit, künftig einen angemessenen Anteil der durch die Musikwirtschaft generierten Steuereinnahmen gezielt in die Weiterentwicklung des Musikstandorts Berlin zu reinvestieren?

Die Musikwirtschaft generiert rund 150 Millionen Euro Steuereinnahmen jährlich für das Land Berlin. Wir erkennen diese wirtschaftliche Bedeutung an und bekennen uns dazu, einen angemessenen Teil dieser Einnahmen in die Weiterentwicklung des Musikstandorts zu reinvestieren. Konkrete Quoten legen wir im Rahmen der Haushaltsverhandlungen fest. Klar ist: Kürzungen zulasten der Musikwirtschaft lehnen wir ab. Mit einer eigenen Öffentlichkeitskampagne rücken wir Berlins Image als Hauptstadt der Musik zusätzlich in den Fokus.

Frage 23: Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass die Kreativ- und Musikwirtschaft dauerhaft und ressortübergreifend im landespolitischen Handeln verankert wird?

Wir befürworten einen regelmäßigen Runden Tisch auf Ebene der politischen Leitungen unter Beteiligung der Senatsverwaltungen für Wirtschaft, Kultur, Bildung, Jugend, Arbeit und Stadtentwicklung. Kreativ- und Musikwirtschaft sind harte Berliner Standortthemen, die ressortübergreifend gedacht werden müssen. Im Landesparlament setzen wir uns dafür ein, diese strukturelle Verankerung verbindlich zu gestalten. Netzwerke wie die Berlin Music Commission und das Berlin Musicboard sind dabei feste Gesprächspartner auf Augenhöhe.

Frage 24: Welche Bedeutung messen Sie der Förderung von Musikwirtschaft, Künstler*innen und Nachwuchs bei? Wie positioniert sich Ihre Partei zum Berliner Kulturhaushalt? Werden Sie Kürzungen entgentreten oder befürworten?

Musikwirtschaft, Künstler*innenförderung und Nachwuchsförderung haben für uns hohe Priorität. Kultur darf kein Kürzungsoffer bei Haushaltskrisen sein. Das Kulturförderungsgesetz schafft strukturelle Absicherung und macht Kulturfinanzierung verbindlicher. Wir setzen auf institutionelle Finanzierung statt kurzfristiger Projektförderung. Kürzungen zulasten der Musikbranche und der Kulturförderung treten wir entschieden entgegen. Wir stärken die finanzielle Ausstattung, investieren parallel in gemeinsame Infrastruktur und fordern vom Bund die Abschaffung der Schuldenbremse, um Investitionsspielräume zu schaffen.

Frage 25: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die musikalische Infrastruktur Berlins zu schützen und zukunftsfähig weiterzuentwickeln? Was werden Sie tun, um Räume für Musik, Jugendkulturen und kreative Entwicklung langfristig zu sichern?

Musikalische Infrastruktur ist existenziell für den Musikstandort Berlin. Für die Clubwirtschaft initiieren wir erstmals eine Spielstättenförderung. Proberäume und Studios sichern wir, indem wir den Zugang zu öffentlichen Gebäuden analog zu Sportvereinen erleichtern. Landeseigene Immobilien öffnen wir stärker für kulturelle Nutzungen. Zwischennutzungen fördern wir gezielt und vereinfachen Genehmigungen. Leerstehende Ladenzeilen und Shoppingcenter machen wir als Räume für Jugend-, Kultur- und Musikangebote nutzbar. Dafür wollen wir eine eigene Berliner Kreativgesellschaft nach Hamburger Vorbild gründen.

Frage 26: Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Vielfalt der in Berlin vertretenen Musikkulturen sichtbar zu machen, ihre Entwicklung zu fördern und ihnen gleichberechtigte Zugänge zu Netzwerken, Förderungen und Märkten zu ermöglichen?

Berlin lebt von seiner einzigartigen Vielfalt an Musikkulturen. Diese Vielfalt muss sich in der Kulturpolitik widerspiegeln: in den Programmen, in den Förderentscheidungen, in den Gremien. Wir wollen migrantische Musikkulturen, Jugendkulturen und Community-orientierte Szenen gezielt sichtbar machen und fördern. Förderverfahren gestalten wir so, dass sie auch für kleinere und weniger etablierte Akteure zugänglich sind. Alle Musikkulturen sollen gleichberechtigten Zugang zu Netzwerken und Märkten erhalten. Eine Grundvoraussetzung dafür ist die Stärkung der Arbeit des Berlin Musicboards.

Frage 27: Welche Strategien verfolgt Ihre Partei, um soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit in der Berliner Musikwirtschaft zu stärken und strukturelle Barrieren für bislang unterrepräsentierte oder marginalisierte Communities abzubauen?

Strukturelle Barrieren in der Musikwirtschaft sind real und müssen aktiv abgebaut werden. Wir wollen Förderverfahren niedrigschwelliger und zugänglicher gestalten. Wir entwickeln gezielt Programme für unterrepräsentierte Gruppen und stärken Netzwerke, die marginalisierten Communities Zugang zu Ressourcen und Sichtbarkeit verschaffen. Faire Bezahlung und soziale Absicherung gelten für alle, die in der Musikwirtschaft tätig sind, unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund. Auch hierfür werden wir die Arbeit des Berlin Musicboards stärken.

Frage 28: Welche Strategie verfolgt Ihre Partei, um Berlin als internationalen Musikstandort langfristig zu stärken und seine wirtschaftliche, kulturelle und touristische Bedeutung weiter auszubauen?

Berlin ist eine der weltweit führenden Musikmetropolen. Diese Position sichern wir durch eine Strategie, die Wirtschaft, Kultur, Tourismus und internationale Sichtbarkeit zusammendenkt. Wir

entwickeln Berlins Internationalisierungskonzept zu einer umfassenden Strategie weiter. Die CityTax-Einnahmen setzen wir vermehrt für stadtverträglichen und nachhaltigen Tourismus ein und stärken damit auch die Musikwirtschaft als Anziehungspunkt. Dafür braucht es eine Neuverteilung der CityTax-Mehreinnahmen. Berlin soll Musikhauptstadt bleiben, für alle Genres und alle Communities. Wir werden das Programm für Internationalisierung auch für die Musikwirtschaft stärker öffnen und so zusätzliche Delegationsreisen ins Ausland und Teilnahmen an Messen ermöglichen.

//

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung und sind für Sie unter Wahlprogramm.berlin@spd.de erreichbar.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.